

5. November 2009

Unsoziales Sparprogramm

Einen Monat nach der Wahl steht die neue Regierung aus CDU und FDP. Die Posten sind ausgeschachert und der Koalitionsvertrag ist unterschrieben. „Mehr netto vom brutto“, so lautete das Schlagwort der FDP. Doch wer sich wirklich erhofft haben sollte, demnächst von seinem mickrigen Lohn etwas mehr in der Tasche zu behalten, wird bald unsanft aufwachen. Was die Löhne der großen Mehrheit betrifft, so sind die angekündigten Steuersenkungen eine große Mogelpackung.

Denn natürlich werden sie das Geld wieder reinholen, das jetzt mit dem massiven Sinken der Steuereinnahmen um 51 Mrd. Euro durch die Wirtschaftskrise und einer gleichzeitigen Rekordneuverschuldung von 90 Mrd. Euro verloren geht. Und da verläuft das Ganze nach dem klassischen Muster: Entlastet werden vor allem die Reichen, die Rechnung wird am Ende der breiten Mehrheit präsentiert... Denn CDU und FDP machen Politik für die Unternehmen und die Besserverdienenden.

Vieles im Koalitionsvertrag ist mit Absicht völlig schwammig ausgedrückt. Doch wohin die Reise gehen soll, wird deutlich. Nicht umsonst haben sich die Unternehmensvertreter durchweg positiv geäußert: Die Steuern sollen gesenkt werden... vor allem für die Reichen. So wird es steuerlich günstiger, ein Unternehmen zu erben. Toll, was? Da hat der Sohnmann gleich viel mehr von seinem Bruttoerbe! Eine Milliarde an Steuern jährlich will die Regierung denjenigen schenken, die überhaupt nennenswert etwas erben können. Doch den Unternehmen wird noch deutlich mehr hinterher geschmissen. Allein für 2,2 Mrd. werden Gesetze gekippt, die Steuerschlupflöcher schließen sollten. Dann können sich Unternehmen noch leichter fürs Finanzamt arm rechnen. Das geht natürlich umso besser, je größer das Unternehmen ist. Also ganz klar, eine Maßnahme für die Konzerne.

Wer soll das bezahlen?

Von den 24 Mrd. Steuersenkungen, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind, wird die Bundesregierung nur 40 % selbst aufbringen müssen. Die Mehrheit der Steuerausfälle geht auf Kosten der Länder. Und die pfeifen schon aus dem letzten Loch. Berlin hat schon wieder eine Streichliste veröffentlicht, die Schließungen von Jugendclubs, Sparen an Bibliotheken, Parks und bei Bürgerdiensten vorsieht. Das würde dann noch schlimmer!

Gesundheit nur für Reiche?

Einer der größten Angriffe droht jedoch im Gesundheitsbereich. Da hatte schon die letzte Regierung mit

Beteiligung der SPD den sogenannten Gesundheitsfonds eingerichtet. Dessen Hauptzweck war es, die Arbeitgeberanteile einzufrieren, während die Arbeitenden mehr zahlen müssen – unter anderem über Zusatzbeiträge der einzelnen Kassen. Daran, dass die Krankenkassenkosten also nicht mehr zur Hälfte von Unternehmen mitgetragen werden, will die neue Regierung nichts ändern. Im Gegenteil. Nun sollen die Versicherten durch einen zusätzlichen pauschalen Beitrag noch mehr zahlen. Die Wirkung ist klar. Wer wenig verdient wird genauso stark belastet wie jemand der viel verdient und die Unternehmer zahlen diese Summe schon mal gar nicht. Seit Jahren wird erzählt, die Erhöhungen der Beiträge sind notwendig, weil die Kosten im Gesundheitswesen so sehr steigen würden. Doch in Wirklichkeit zahlen die Arbeitgeber immer weniger ein und die Besserverdienenden oder gar wirklich Reichen zahlen schon mal gar keine Beiträge. Denn sie sind zum Großteil privatversichert. Und selbst wenn sie in die gesetzlichen Kassen einzahlen, dann wird nur ein Bruchteil ihres Einkommens (nämlich lediglich 3675 Euro brutto) für die Krankenversicherung herangezogen.

Und die Situation werden sie weiter verschlechtern, oder was will der neue Gesundheitsminister Rösler (FDP) mit seinem Credo „Wir brauchen mehr Wettbewerb“ ausdrücken? Was mehr Wettbewerb bedeutet, wissen alle Beschäftigten in (ehemaligen) Staatsunternehmen und Verwaltungen nur zu gut: Arbeitsplatzabbau und schlechtere Arbeitsbedingungen. Soll das nun die Zukunft der Arbeitenden in den Versicherungen werden, weil die Versicherungen um die Versicherten miteinander konkurrieren?

Es gibt keine Sachzwänge!

Dass all die Geschichten von den angeblichen „Sachzwängen“, die solch unsoziale Maßnahmen notwendig machen würden, nur Märchen sind, die uns Lobbyisten, Politiker und viele Medien auftischen, ist inzwischen hoffentlich allen klar geworden. In der Finanzkrise hat man gesehen, dass alles möglich ist, wenn es der Unterstützung kapitalistischer Interessen dient. Milliarden waren kein Thema. Jetzt sollen sie bei uns wieder reingeholt werden. Doch da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die schwarz-gelbe Koalition hat ihre Kriegserklärung verfasst. Obwohl der neue Arbeitsminister Jung bestimmt genauso wie als Verteidigungsminister in Bezug auf Afghanistan behaupten wird, es handele sich nur um humanitäre Maßnahmen. Doch was sie davon durchsetzen werden, kommt auf unseren Widerstand an!

Von Kollegen für Kollegen...

Es riecht nach Sicherheitslecks

Am Dienstagabend geriet ein Triebwagen der BR 646 zwischen Schönfließ und Birkenwerder heftig in Brand. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Ja, man kann nur noch von Glück reden, wenn uns und den Fahrgästen nichts Schlimmeres passiert! Was wäre passiert, wenn nicht S-Bahn-Kollegen von Birkenwerder schnell reagiert und geholfen hätten oder wenn der brennende Triebwagen voller Leute gewesen wäre?

So mancher ahnt Böses, denn das Risiko von Bränden wegen gebrochener Kraftstoffleitungen bei der BR 646 ist länger bekannt. Seit Jahren sind Tfs deshalb angewiesen, an „Pfützen“ zu riechen, um den „Kraftstoffgehalt zu beurteilen“!

Schleichende Ausgliederung

Sag mir wo die Aufsichten sind, wo sind die Ausgelernten aus den Werkstätten geblie-hie-ben? Bei DB Zeit oder DB Jobservice!

Nicht, dass es nicht genug Arbeit gäbe. Aber bezahlen will die S-Bahn dafür möglichst wenig. Schon jetzt tummeln sich zig Firmen, die die Arbeit machen, die früher von S-Bahn-KollegInnen gemacht wurde. Nicht wenige fragen sich, ob am Ende die S-Bahn nur noch eine Briefkastenfirma sein wird.

Auf Abruf immer bereit...

... so hätte es die S-Bahn gerne. Mit der neuen Regelung zum Schichtplan wollen die Aufsteiger in der Führungsetage noch einen drauflegen zu immer mehr Flexibilität.

Laut Betriebsvereinbarung muss die konkrete Schicht wenigstens 5 Tage vorher feststehen. Jetzt ist es erlaubt, erst einen Tag vorher die Schicht festzulegen. Alles ganz freiwillig – steht geschrieben. Die S-Bahn setzt darauf, dass wir ihr unser letztes Bisschen Freizeit völlig flexibel zur Verfügung stellen, für ein Bonbon von 10 Euro brutto oder weniger.

Wenn die Bahn unsere Löhne erhöhen will, dann haben wir nichts dagegen. Aber warum sollen wir unsere Freizeit für diesen Laden hergeben? Sollen sie doch besser planen und Tfs einstellen!

Daten gut geschützt?

1,1 Million Euro – das zahlt die Bahn als Bußgeld für die interne Bespitzelung. Da muss ja ordentlich Dreck am Stecken sein. Doch wieso, weshalb, warum wurde bespitzelt? Auch wer fragt bleibt dumm. Denn Antworten gibt es nicht. Der Untersuchungsbericht, den eine Anwaltskanzlei angefertigt hat, bleibt geheim. Auch so kann man „reinen Tisch“ machen: Indem man alles, was stört, in der Schreibtischschublade wegschließt.

Der Trend geht zur Zweitlok

Ein Bild, an das wir uns wohl gewöhnen müssen: Ein Zug – zwei Loks.

Vor Wochen musste schon ein Zug wegen eines defekten Scheibenwischers am Steuerwagen mit zwei Loks bespannt werden. Nun kam es wieder dazu... weil die Heizung ausgefallen war. Wieder fehlten notwendige Ersatzteile. Allerdings reagierte man erst, als sich ein Lokführer weigerte, auf dem kalten Führerstand weiter zu fahren.

Gut gerutscht ist halb gebremst

Schon die neue Bezettelung „Mitfahren bei Schnee und Glätte auf eigene Gefahr!“, an den S-Bahn-Zügen entdeckt? Nee?

Na gut, aber nötig wäre sie. Denn niemand glaubt ernsthaft, dass die angekündigte Wintervorbereitung bis 31.10. geklappt hat oder unvorbereitete Züge rausgenommen werden. Stattdessen gibt es wieder Weisungen, längere Bremswege zu berücksichtigen. Und wir stehen dann da mit dem Problem, wenn der Zug durchrutscht.

Die Schliposis wollen, dass wir uns an ihrer Unternehmensstrategie beteiligen, den Fahrgästen Normalität vorzugaukeln.

Kunst kommt von Können

Nach langen und schwierigen Geburtswehen war es endlich soweit! Der neue Pausenraum in Wittenberg erblickte das Licht der Welt. Für die Chefetage war dies ein Anlass gehörig zu feiern. Das ist scheinbar das einzige, was sie so richtig können.

Denn nicht bedacht wurde z. B., dass man die Pinkelbecken vom Bahnsteig aus beobachten kann. Nun rauchten die Köpfe. Wie das Problem lösen... Gardinen??? So einfach machen sie sich das nicht. „Wozu haben wir denn studiert?“

Und das geht so: An einer vertikalen Wand ist im rechten Winkel ein Metallbehälter angebracht, ausreichend groß für tausend „Jetons“. Diese kann man Dank detaillierter Beschreibung entnehmen, damit zum Bahnhofsklo gehen und sich Einlass zu diesem und Erleichterung vom „Nötigen“ verschaffen.

Würden wir unsere Arbeit so machen, wie diese Dilettanten... würde kein Zug den Bahnhof verlassen.

DB Geldtransport

Die Regio-Zugbegleiter haben die Anweisung bekommen, Fahrgeldeinnahmen erst abzurechnen, wenn 400 Euro überschritten sind. Bis dahin *dürfen* sie das Geld, was sie für die DB eingesammelt haben, nicht abliefern?! Wie das? Ist die Bahn denn sonst nicht immer ziemlich geldgeil? Aber ja doch, die Abrechnung kostet ja Arbeitszeit! Und Zeit ist Geld... denken sich die Chefs.

Die Zugbegleiter sollen im Zweifel tagelang mit mehreren Hundert Euro herumlaufen, die ihnen nicht gehören. Und erzwungenermaßen die Verantwortung tragen.

Raum und Zeit

Mit den neuen Regio-Strukturen sollen nun auch die Melderäume erweitert werden. Es geht darum, noch mehr Meldestellen in Melderäume zusammenzufassen und Gastfahrzeiten einzusparen. Dies ist ein weiterer Schritt, unsere Arbeit zu flexibilisieren. Natürlich plant DB Regio nicht, uns die längeren Fahrzeiten gutzuschreiben und die Fahrkosten zu erstatten.

Was sie uns nicht verraten haben, ist ein überzeugendes Argument, warum wir diese faktische Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung akzeptieren sollten. Es gibt nämlich keines...

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Dies ist Dein Flugblatt! Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

flugblatt_bahn@gmx.de

www.sozialistische-arbeiterstimme.org

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Maximilianstraße 1, 13189 Berlin